



**wahlkabine.at**

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

## **Fragen und Standpunkte der Parteien zu den Landtagswahlen in Salzburg 2013.**

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Parteien und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

### **Berücksichtigte Parteien**

Für die Realisierung der Internet-Wahlkabine zur Salzburger Landtagswahl 2013 wurden Parteien berücksichtigt, die landesweit kandidieren und bereits in einer Volksvertretung auf regionaler, nationaler bzw. überregionaler Ebene vertreten sind:

- SPÖ
- ÖVP
- FPÖ
- Grüne

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf **[www.wahlkabine.at](http://www.wahlkabine.at)**

# 1. Soll das Land Salzburg ein Verbot riskanter Spekulationsgeschäfte für alle Gebietskörperschaften einführen?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
<p>Auf Betreiben von Landeshauptfrau Burgstaller hat die Salzburger Landesregierung kürzlich die verfassungsrechtliche Verankerung des Spekulationsverbotes einstimmig beschlossen. Der Landtag wird dieses Gesetz voraussichtlich am 24.4.2013 beschließen, womit Salzburg österreichweit eine Vorreiterrolle einnimmt.</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
<p>Der Spekulationswahnsinn der Burgstaller-SPÖ hat das Land in eine finanzielle und politische Krise geführt: Daher gilt: keinerlei Spekulationen mit Steuergeldern. Ordentlich haushalten.</p>		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
<p>--</p>		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
<p>Ein Salzburger Spekulationsverbots-Gesetz muss unbedingt auch die Gemeinden und damit alle Gebietskörperschaften im Kompetenzbereich des Landes umfassen.</p>		

## 2. Soll das Land Salzburg Asylsuchende mehr in direkter Nähe zur Bevölkerung unterbringen?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Integration kann nur funktionieren, wenn Asylsuchende von Beginn an in die Gemeinschaft integriert werden. Wichtig ist, dass die Bevölkerung von Beginn an in den Prozess eingebunden wird.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
Idealerweise eine Familie pro Gemeinde.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Wer "die anderen" verstehen soll, muss sie kennen. Wer Asylsuchende und Einheimische gezielt voneinander "fernhält", erschwert das "Kennenlernen, das Verstehen und damit das Miteinander.		

### 3. Sollen in Salzburg ganztägige Schulformen stärker ausgebaut werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Die ganztägige Schulform berücksichtigt durch die Abfolge von Lern- und Freizeit die biorhythmisch grundgelegten Bedürfnisse der Kinder und unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Jedem Kind in Salzburg muss eine warme Mahlzeit und lernbegleitende Nachmittagsbetreuung gewährleistet sein. Uns ist dabei echte Wahlfreiheit wichtig.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Ganztägige Schulformen verbessern die Chancengleichheit, bezahlte Nachhilfe soll dadurch überflüssig werden.		

## 4. Soll das Land Salzburg eine Ausbildungsplatzgarantie für Jugendliche einführen?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■ ■
Salzburg unterstützt die überbetriebliche Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen ohne Lehrstellen, die über das AMS abgewickelt wird, jährlich mit 658.000 Euro (entspricht ca. 25% der Gesamtkosten). Eine SPÖ-geführte Landesregierung wird diese notwendige Unterstützung fortsetzen.		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■
Das Land kann weder Arbeits- noch Ausbildungsplätze garantieren – das kann nur die Wirtschaft. Das Land kann die Wirtschaft dabei nur unterstützen.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die Ausbildung junger Menschen ist die beste Investition in die Zukunft. Daher soll kein Jugendlicher ohne Ausbildung bleiben. Gemeinsam mit dem AMS muss das Land entsprechende Angebote erstellen.		

## 5. Soll die Salzburger Parteienförderung gekürzt werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
<p>Die SPÖ bekennt sich zur öffentlichen Parteienförderung, weil sie Transparenz und Kontrolle gewährleistet. Salzburg liegt bei der öffentlichen Parteienförderung im Österreich-Vergleich im unteren Drittel. Seit 2009 ist die Parteienförderung eingefroren. Salzburg hat darüber hinaus die strengsten Transparenzregeln (u.a. bei der Offenlegung der Spenden).</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
<p>Faktisch wird die Parteienförderung bereits seit Jahren gekürzt.</p>		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
<p>--</p>		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
<p>Demokratie hat einen Preis. Die Parteienförderung gewährleistet, dass Parteien politisch arbeiten können, ohne großzügigen "Spendern" (beispielsweise aus Wirtschaftskreisen) und ihren Interessen verpflichtet zu sein.</p>		

## 6. Soll der Wachstumsfonds des Landes Salzburg aufgelöst werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
Förderungen aus dem Wachstumsfonds müssen zielgerichtet und effizient auf die Schaffung und Absicherung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein. Primär sollen Start-Ups und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) von einer Förderung profitieren. Die Tätigkeiten und Ziele des Wachstumsfonds sollen regelmäßig evaluiert werden.		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
Die Salzburger Wirtschaft muss wettbewerbsfähig bleiben, damit Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden können. Sozial ist, was Arbeit schafft.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Der Wachstumsfonds braucht jedoch neue Strukturen, eine transparente und nachvollziehbare Förderungspraxis sowie neue Förderungsrichtlinien.		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■
In seiner derzeitigen Konzeption berücksichtigt der Wachstumsfonds keinerlei ökologische oder soziale Kriterien. Deshalb: abschaffen und Wirtschaftsförderung völlig neu denken.		

## 7. Sollen im Land Salzburg öffentliche Plätze und Verkehrsmittel mit Videokameras überwacht werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
m Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten soll – wie es jetzt schon passiert – dort wo Bedarf besteht und die Sicherheitssituation dadurch nachweislich verbessert werden kann, eine Überwachung stattfinden. Dabei ist jedenfalls ein strenger Maßstab anzuwenden.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
Wir steuern immer mehr auf den "gläsernen Bürger" zu anstatt für eine "gläserne Verwaltung" zu sorgen. Nur an tatsächlichen Brennpunkten wäre eine Überwachung - mit deutlich sichtbarer Kennzeichnung und unter Beachtung der entsprechenden Datenschutzbestimmungen - vorstellbar.		

## 8. Soll sich das Land Salzburg für eine Beschränkung der Studierenden aus Deutschland einsetzen?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■
Grundsätzlich ja, nachdem aber eine Beschränkung von Studierenden aus Deutschland EU-rechtlich nicht möglich ist, ist auf EU-Ebene eine einheitliche Lösung des finanziellen Ausgleichs zu erarbeiten.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Die Beschränkungen sollen sich nicht nur auf Deutschland, sondern auf alle EU-Länder beziehen.		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■
Es können auch viele Salzburger im Ausland studieren, eine Beschränkung müsste EU-weit geregelt werden. Zielführender wäre ein Ausgleich der Kosten durch Deutschland im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung. So können zusätzlich benötigte Studienplätze finanziert werden.		

## 9. Soll das Land Salzburg den Ausbau der Wasserkraft auch gegen die Einwände des Naturschutzes durchsetzen?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
<p>Das ehrgeizige, aber machbare Ziel des Landes, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um 30%, bis 2030 um 50% zu reduzieren, 2050 klimaneutral und energieautonom zu sein, bedingt den Ausbau von erneuerbarer Energie - so auch der Wasserkraft. Aber nicht um jeden ökologischen Preis, sondern mit Augenmaß. Neben dem Nationalpark, in dem Kraftwerksbau verboten ist, sollen jene Bereiche festgelegt werden, wo der Erhalt der Natur höher zu stellen ist, als Energieautonomie.</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
<p>--</p>		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
<p>Bei der Bewilligung von Wasserkraftwerken ist ein Ausgleich und eine Abwägung aller Interessen erforderlich.</p>		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
<p>Der Bau von Wasserkraftwerken bedient in erster Linie die Profitwünsche der großen Energiekonzerne, löst aber nicht unser Energieproblem. Dazu müssten wir vielmehr endlich den Verbrauch reduzieren. Die Modernisierung der bestehenden Wasserkraftwerke brächte übrigens die gleiche Strommenge wie der Bau zehn neuer!</p>		

## 10. Soll das Land Salzburg angesichts steigender Treibstoffpreise kostengünstige Tankstellen anbieten?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
<p>Wichtigster Punkt bei diesem Thema ist, den öffentlichen Verkehr so zu gestalten und auszubauen, dass viele Wege damit erledigt werden können. Unterstützung bei teurem Treibstoff soll es für jene geben, die aufgrund ihrer Arbeitszeit oder ihrer Wohnungslage den öffentlichen Nahverkehr nicht benutzen können (z.B. Pendlerpauschale).</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
<p>Der Verkehr ist der Haupttreiber beim Anwachsen der klimaschädigenden Treibhausgase. Es braucht alternative Angebote, um möglichst vielen Menschen eine möglichst flexible Mobilität auch ohne Auto zu ermöglichen.</p>		

# 11. Sollen durch ein Verfassungsgesetz alle Finanzen des Landes Salzburg gegenüber dem Bundesrechnungshof offengelegt werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Der Rechnungshof ist gemäß Artikel 121 und 127 der Verfassung bereits jetzt befugt, die Finanzen der Länder zu prüfen. Wichtig ist darüber hinaus, dass die Qualität der Prüfung gesteigert wird.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	■
Status quo. Begrüßenswert wären Sanktionen bei falschen Auskünften gegenüber dem Rechnungshof.		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Im Grunde sollte das Land seine Finanzen auch ohne Verfassungsgesetz offenlegen. Nicht nur gegenüber dem Bundesrechnungshof sondern auch gegenüber den WählerInnen.		

## 12. Soll das Land Salzburg die Möglichkeiten der direkten Demokratie stärker ausbauen?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
<p>Die hohe Beteiligung bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger stärker mitbestimmen wollen. Die SPÖ plädiert in diesem Zusammenhang für drei Maßnahmen: Die Verbindlichkeit von Volksabstimmungen soll erhöht werden; das Sammeln von Unterschriften soll erleichtert werden; die Information über Abstimmungen soll verbessert werden. Als Beispiel für eine bessere Information sei das Abstimmungsbuch des Landes Salzburg zur Wehrpflicht-Befragung genannt, das sich mit 70.000 Bestellungen und Downloads zum regelrechten Renner entwickelte.</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
<p>Direktwahl der Hälfte der Abgeordneten, mehr und verbindliche direktdemokratische Instrumente und Einführung von Bürgerratsmodellen.</p>		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
<p>--</p>		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
<p>Mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten, die auch verbindlichen Charakter haben, wären ein wichtiger Schritt gegen die Politikverdrossenheit.</p>		

### 13. Soll das Land Salzburg bei stationären Pflegefällen Angehörigen-Beiträge einführen?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Salzburg hat den Pflegeregress für erwachsene Kinder in der Sozialhilfe bereits seit geraumer Zeit abgeschafft (anders als Kärnten und Steiermark).		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Wer Pflege braucht, darf nicht enteignet werden.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Es werden bereits Mittel der Betroffenen herangezogen, darüber hinausgehende Beiträge sollen über Pflegefonds und nicht Angehörigen-Beiträge aufgebracht werden.		

## 14. Soll das Land Salzburg die Zugangsmöglichkeit zur bedarfsorientierten Mindestsicherung erweitern?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die SPÖ will die Anrechnung der 13. Sonderzahlung bei Pensionisten auf das Einkommen abschaffen und damit verhindern, dass Pensionisten im Monat der Auszahlung der Sonderzahlung aus dem Schutz der Mindestsicherung herausfallen. Bei erwerbstätigen Mindestsicherungsempfängern ist dies bereits umgesetzt.		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■
Eine Notwendigkeit der Erweiterung sehen wir lediglich bei der Nichtanrechnung des 14. Gehalts bei Pensionsbeziehern.		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■
Das Problem ist nicht die Zugangsmöglichkeit, sondern die Leistungen. Aufgrund der in Salzburg überdurchschnittlich hohen Wohnkosten müsste die Mindestsicherung erhöht werden. Überprüft gehört auch die Koppelung des Mindestsicherungsbezuges an die Zumutbarkeitsbestimmungen des ALVGs (Arbeitslosenversicherungsgesetz).		

## 15. Soll das Land Salzburg die Möglichkeit zur Abgabe kostenloser Verhütungsmittel (Kondome) in Apotheken, Schulen und Spitälern schaffen?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die kostenlose Bereitstellung von Verhütungsmitteln an spezielle Gruppen (z.B. Frauen von 16 bis 20 Jahren und rezeptgebührenbefreite Frauen) verhindert Abtreibungen und ist eine wirksame gesundheitspolitische Maßnahme (Ansteckungsprävention bei HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten).		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/>
--		

## 16. Soll das Land Salzburg Frauenquoten für Aufsichtsräte und den öffentlichen Dienst einführen?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■
Entscheidungen in geschlechtergemischten Teams sind nachhaltiger und gemeinwohlorientierter. Quotenregelungen helfen, Frauen in Führungspositionen zu bekommen. Die Salzburger Landesregierung hat beschlossen, die Frauenquote in Aufsichtsräten mit Landesbeteiligung bis 2018 auf 35% anzuheben.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	■
Gibt es bereits.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Sollte schon längst eine Selbstverständlichkeit sein.		

## 17. Soll gesellschaftskritische Kunst im Land Salzburg höher gefördert werden als Volks- und Hochkultur?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
<p>Neber der Bewahrung des kulturellen Erbes in all seiner Vielfalt muss es auch Anstöße und Freiräume für neue Entwicklungen geben. Hier gilt es vor allem die entsprechende Akzeptanz in der Öffentlichkeit für den Stellenwert von zeitgenössischer Kunst und Kultur zu schaffen.</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
<p>--</p>		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
<p>--</p>		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
<p>Hoch- und Festivalkultur ist im Vergleich zur gesellschaftskritischen Kunst zu hoch gefördert. Der Budgetanteil der "freien Kulturförderung" soll deutlich erhöht werden.</p>		

## 18. Soll die Neubesetzung von Spitzenpositionen der Salzburger Landesverwaltung zeitlich beschränkt werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
Sämtliche Spitzenpositionen in der Landesverwaltung sollen auf 5 Jahre befristet werden. Zur Verlängerung eines Vertrags um weitere fünf Jahre muss sich jede Führungskraft wieder einer Fachkommission stellen und über die bisherigen Leistungen und die Pläne für die Zukunft Rede und Antwort stehen. Dieser Vorgang wird dem Landtag und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	■ ■
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	■ ■
Die Pragmatisierung hat ausgedient.		

## 19. Soll das Land Salzburg verstärkt in Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige investieren?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
Familien- und bildungspolitisch sind gute Kinderbetreuungsangebote notwendig. Ein Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige ist eine wichtige familienentlastende Maßnahme. Frauen haben mehr Chancen, Familien und Beruf unter einen Hut zu bringen.		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
Uns ist dabei eine echte Wahlfreiheit für die Familien wichtig.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	
Gerade im ländlichen Bereich ist der Versorgungsgrad für unter Dreijährige noch viel zu gering und erschwert für viele Eltern den Wiedereinstieg in den Beruf.		

## 20. Soll das Land Salzburg im Hinblick auf den EU-Stabilitätspakt die öffentlichen Mittel für den geförderten Wohnbau einschränken?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
<p>Die Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung ist eine zentrale SPÖ-Forderung. Auch die Inflationsanpassung ist dringend notwendig. Seit 1996 gibt es die nicht mehr, obwohl die Kosten im Wohnbau gestiegen sind. Das Geld der Wohnbauförderung darf nicht zweckentfremdet werden und muss dort ankommen, wofür es gedacht ist, nämlich bei den Menschen für leistbares und lebenswertes Wohnen.</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■ ■ ■
<p>Angesichts des Umstandes, dass Wohnen für immer mehr Menschen immer schwieriger leistbar wird, wäre eine Mittelreduktion ausgerechnet in diesem Bereich fatal.</p>		

## 21. Soll sich das Land Salzburg für eine höhere Besteuerung von Vermögen einsetzen?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
<p>Im bestehende Steuersystem wird Arbeit zu stark, Vermögen zu wenig zur Finanzierung der gemeinschaftlichen Leistungen herangezogen. Das ist ungerecht, gefährdet den Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze. Österreich braucht daher eine Steuerreform, die Arbeit(-nehmer) entlastet und gleichzeitig Vermögen stärker in die Verantwortung nimmt.</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
<p>Zum einen lehnen wir eine eigentumsfeindliche Politik ab, und zum anderen ist das Land dazu nicht befugt.</p>		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
<b>Grüne</b>	<b>Ja</b>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
<p>Die Finanzkrise spitzt sich immer weiter zu. Ohne dass die Vermögenden in die Pflicht genommen werden, ist das Problem nicht zu lösen.</p>		

## 22. Sollen in Salzburg neue Skigebiete erschlossen werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Ja</b>	
<p>Pistenverbindungen, die der Qualitätsverbesserung dienen, sind vorstellbar. Sie sind aber einer strengen Naturschutz- und Umweltprüfung zu unterziehen. Touristisch gesehen muss sich Salzburg verstärkt zur Ganzjahresdestination hin entwickeln.</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	
<p>Es gilt in Salzburg lediglich noch verträgliche Zusammenschlüsse, Erweiterungen und Qualitätsverbesserungen zu prüfen.</p>		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	
<p>--</p>		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
<p>Die Skigebiete Westösterreichs erschließen kaum neue Urlauberschichten sondern liefern sich einen Verdrängungswettbewerb. Und das auf Kosten der Natur. Schluss damit. Und endlich in Alternativen zum Skitourismus denken.</p>		

## 23. Soll das Land Salzburg seinen Spielraum zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten weitestmöglich ausnützen?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
Die bestehenden Öffnungszeiten sind ausreichend. Ausweitungen sollen nur mit nachvollziehbaren Begründungen ermöglicht werden (wie z. B. beim Einkaufsmarkt am Salzburger Bahnhof).		
<b>ÖVP</b>	<b>Nein</b>	■
Vor allem der Sonntag soll unangetastet bleiben.		
<b>FPÖ</b>	<b>Nein</b>	■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■
Weitere Ausweitungen gehen immer auf Kosten der MitarbeiterInnen und der betroffenen Familien, die Einkaufsmöglichkeiten haben sich massiv erweitert und reichen vollkommen aus.		

## 24. Soll die Anzahl der Mitglieder der Salzburger Landesregierung verkleinert werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	
<p>Die SPÖ steht für eine starke, handlungsfähige Regierung. Kurzfristige Wahlkampfzusage, die auch nicht ernst gemeint sind (siehe Haslauer's schwarzes Schattenkabinett) lehnt die SPÖ ab. Die SPÖ will klare Aufgaben in der Landesregierung schaffen und passende Themenbereiche zusammenlegen (z.B. Klimaschutz, Bildung).</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	
<p>Salzburg hat so viele drängende Probleme zu lösen, dass mit Sicherheit genug Arbeit für sieben Regierungsmitglieder zu erledigen ist. Wichtig wäre, weniger Zeit für Repräsentation und mehr für Sacharbeit aufzuwenden.</p>		

## 25. Soll der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache in Salzburger Schulklassen gesetzlich beschränkt werden?

<b>SPÖ</b>	<b>Nein</b>	■
<p>Eine Kontingentierung ist in einer modernen und liberalen Gesellschaft wohl der falsche Weg. Der Zugang zur Bildung soll unabhängig von kultureller, ethischer oder sozialer Herkunft frei sein. Das Bildungssystem muss auf diese vielfältige Gesellschaft mit dem Ausbau schulischer Fördermaßnahmen reagieren.</p>		
<b>ÖVP</b>	<b>Ja</b>	■
<p>Eine gesetzliche Regelung scheint nicht möglich, wobei ein angemessenes Verhältnis jedenfalls anzustreben ist. Deutsch ist der Schlüssel für Integration.</p>		
<b>FPÖ</b>	<b>Ja</b>	■ ■ ■
--		
<b>Grüne</b>	<b>Nein</b>	■ ■
<p>Das würde nur zu einem Schülertourismus quer durch die Stadt und die Gemeinden führen. Wichtig ist ausreichende Ausstattung mit LehrerInnen, um alle Kinder entsprechend fördern zu können.</p>		